

Autor: Herr Peter Hackenberg; Vorstandsmitglied BI Bayerischer Untermain

Wenn Kompromisse Erfolgsmeldungen sind, muss man nach der Ausgewogenheit der Kompromisse fragen.

In der Fluglärmkommission (FLK) sitzen sich Interessenvertreter der betroffenen Bürger und der Luftverkehrswirtschaft gegenüber. Die Vertreter der Bürger sind ehrenamtliche Laien in einer Nebentätigkeit. Die Vertreter der Luftverkehrswirtschaft sind bezahlte Experten mit hoher Fachkompetenz, die sie aus ihrer Haupttätigkeit ziehen. Diesem Kräfteverhältnis entsprechen die erfolgreichen Kompromisse.

Für die Bevölkerung sind nur Trostpflaster herausgekommen:

Lärmpausen die nur eine Lärmbündelung aber keine Entlastung bringen.

Anhebung des Gleitwinkels beim Anflug, wodurch die am stärksten belasteten wegen der Nähe zum Flughafen nicht entlastet werden.

Anhebung der Gegenanflüge bei Westbetrieb, die nur in Hessen stattgefunden hat.

Lärmobergrenzen, die nur die Fläche reduzieren in der der Lärm weiter ansteigen darf.

Die Luftverkehrswirtschaft hat die Startbahn West, die Nord-West-Landebahn und das Terminal 3 durchgesetzt und hat das Recht, die Flugbewegungen um 40 % zu steigern.

Wie erfolgreich das 50 jährige Wirken der FLK für die Bevölkerung ist, zeigt schon die Tatsache, dass Herr Remmert die FLK mit fremden Federn schmücken muss. Das Nachtflugverbot wurde nicht von der FLK sondern durch eine Klage aus dem Kreis der Bürgerinitiativen erstritten.

Noch dürftiger sieht es aus bei dem Thema Luftverunreinigung. Auf der Homepage der FLK steht:

„Die Beratung umfasst dabei Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigungen durch Luftfahrzeuge.“

Ein Beitrag zu diesem Thema befindet sich auf der Homepage der FLK nicht.

Bleibt die Frage, wer dieses nur beschränkt wirksame Gremium eingesetzt hat, welches eher dem Schutz der Luftverkehrswirtschaft dient und nur wenig für die lärmgeplagte Bevölkerung erreichen kann. Es sind die etablierten Parteien und deren Politiker, welche die Fraport AG und die DFS GmbH beherrschen. Auch dies ist ein Beitrag zur Wählerwanderung in Richtung Nichtwähler und neuer Parteien.